

Sozialdemokratische Unterschlagungen

In der Sonnabendnummer der Dresdner Volkszeitung ist einem der sozialdemokratischen Stiftsatz die Kette übergegangen, wegen unerter Stellungnahme zum Fall Rahmig.

Er spottet über und Golle und glaubt die Kreisleiter unserer Stellungnahme darin zu sehen, daß wir damit die kommunistischen Unterschlagungen verdecken wollen. Lange hat er lachen müssen, um eine Rolle aus dem Kuchen poltern zu können, und glaubt endlich in dem vor 4 Jahren spelenden Fall des Metallarbeiters R. eine solche Rolle gefunden zu haben. Da es aber notwendig ist, daß die Rolle möglichst groß aussieht, nimmt es der Schmierling, der übrigens nicht in der Redaktion der Volkszeitung, sondern im Volkshaus sitzt, mit der Wahrheit nicht so genau. Nach dem Motto: „Lüge nur, wenn du darauf los, etwas wird schon hängen bleiben“, schwindelt er den Lesern der Volkszeitung vor. R. ist dann als wegen Unterschlagungen aus der Dresdner Ortsverwaltung des DMB herausgestoßen. Das ist nicht mehr. Wahre hingegen ist, daß R. mit dem Bevollmächtigten eine Regelung getroffen hatte, nach welcher er die Summe der logenannen Unterschlagung in Raten an den DMB zurückzahlt wollte (was ja auch gelobt ist, wie die Volkszeitung zugeben muß), die Ortsverwaltung gegen sein Verbleiben in derselben aber nichts einzubringen hatte. Wahre ist weiter, daß ein, von dem damaligen Bezirksschreiter des DMB Willi Liebe, der später selber wegen betrügerischer Manipulationen, durch die er den DMB um Tausende von Mark bestohlen hatte, vom Hauptvorstand plötzlich seines Postens entzogen wurde, beim Hauptvorstand beantragtes Auslöscherverfahren gegen R. von einem zu diesem Zweck eingesetzten Schiedsgericht, in welchem Liebe, obwohl er schon seit 1920 am Staden hatte, als Anklager fungierte, den Auslöschung R. aus dem Verband ablehnte. Wahre ist weiter, daß dieser Schiedsrichter R. nicht einmal die, zu der Zeit noch innengehegten gewerkschaftlichen Ehrenämter in der Ortsverwaltung und in der Landesfürstkommission nicht abberufen, weil in der Behandlung des Schiedsgerichtes der damalige Erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle des DMB, der Kollege Paulowski, erklärte, daß dazu keine Berechtigung vorliege. Wahre hingegen aber ist, daß R. dann, auf Beschluss der kommunistischen Metallarbeiter-Fraktion, seine Mandate der Ortsverwaltung freiwillig zur Verfügung stellte.

Der Artikel schreibt in der Volkszeitung glaubt dann einen besonderen Triumph auspielen zu können, indem er behauptet, daß R. die Rechtfertigung seiner Verpflichtung dem DMB gegenüber von angeblich mehreren hundert Mark les waren in Wirklichkeit 200 Mark) auf einem Preß hingezahlt habe, obwohl er schon längere Zeit arbeitslos gewesen sei. Er verlautet damit, den Anschein zu erwecken, als habe die Kommunistische Partei R. das Geld gegeben, weil sie ihn wieder auf einer Kandidatenliste braucht. Auch das hat sich der Schmierling in der Volkszeitung aus den Fingern gelogen. Wahre ist hier wiederum, daß R. sich dieses Geld von ihm persönlich bestreuteter Seite geliehen hat, damit er seinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachkommen könne. Auch hat R. seit 1924 noch auf keiner kommunistischen Kandidatenliste figuriert.

Ist aber der Fall Rahmig mit dem Fall des Metallarbeiters R. in Parallele zu ziehen? Rahmig war ein gut beflockter Parteisekretär der SPD, R. hingegen ein einfacher Prolet aus dem Betriebe, der zu der Zeit länger denn ein halbes Jahr dreitätig kurzarbeitete. Hinzu kommt noch, daß R. verschiedene Blancks von Unterhaltern im Betrieb in Höhe von 20 bis 50 Mark, die später erst, nachdem R. bereits alles auf seine Kappe genommen und mit seinem Namen bedekt hatte, nachträglich an ihn ebenfalls raterweise abgezahlt wurden. Die Volkszeitung verschweigt das Wesentliche dabei aber überhaupt. Der DMB hatte damals die Betriebsklassierung durchgeführt, und in der damals herrschenden wirtschaftlichen Not der Übergangsperiode, von der Inflation zur Stabilisierung waren mit dem Kollegen R. noch circa 40 SPD-Bertrauenstellen unter den Schaltern getreten, um Teile mit weit höheren Beträgen als mit R. Sie verschwanden weiter, daß ein SPD-Bertrauenmann von Anton Reich die Sache bewußt betrieben hat, indem er sogar Beitragsmarken des DMB fälschen ließ. Dieben Kollegen hat die Ortsverwaltung des DMB allerdings der Staatsanwaltschaft übergeben müssen. Die Volkszeitung verbreitet weiter, daß der Kommunist R. wohl der einzige ist, der keinen Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachkommt, alle anderen aber heute noch hängen.

Wenn aber die Volkszeitung schon einmal 4 Jahre zurückgreift und den Fall R. her vorholte, konnte sie noch weiter zurückgehen und einen anderen Fall, der auch im Metallarbeiterverband während dem Krieg spielt, zitiieren. Im Winter 1915 bis 1917 fochten in der Dresdner Metallarbeiterforschung über ungemeine Unterschlagungen in der Ortsverwaltung. Es wurden Summen von 4000 bis 5000 Mark genannt. Die Bertrauenstellen wurden plötzlich zu einer Generalversammlung

zusammengerufen. In derselben gab der damalige Bezirksleiter des DMB, junger Geheimrat und Landesfürstlicher Haas, eine Darstellung der Angelegenheit und erklärte, daß eine vom Hauptvorstand vorgenommene Revision wohl keine Unterschlagungen schließen könnte, daß aber in der Ortsverwaltung Dresden eine besondere Schweißwirtschaft geherrscht habe, daß man von seiner Leitung, gewissweise denn von einer doppelten Führung reden könne. Der damalige Kreisler wurde wegen Unfähigkeit sofort seines Postens entzogen und, da man ihm aber missentliche Verdächtigungen nicht nachweisen konnte, an anderer Stelle verwendet. Für diese Schweißwirtschaft erklärte Haas, daß der verdeckte Erste Bevollmächtigte, der Kollege R., verantwortlich, und er habe die Konsequenzen gezogen und seine Stellung sofort kündigungslos verlassen. Er brachte damals nicht einmal die Rute auf, sich selbst vor den Bertrauenstellten zu verantworten, sondern ließ sich in der Generalversammlung nicht mehr blicken. Ein aus der Generalversammlung heraus gestellter Antrag, nach welchem eine Untersuchungskommission von Bertrauenstellten die Angelegenheit nachprüfen sollte, wurde von der Verbandsbürokratie mit allen Mitteln und den fadenscheinigsten Gründen abgelehnt und dann gegen eine starke Minorität abgelehnt. Man wollte wohl mit allen Mitteln verhindern, daß Kollegen aus den Betrieben Einblick in die Dinge nehmen könnten. Die SPD hat aber in solchen Fällen ein sehr schwaches Gedächtnis. R. wurde bald nach dem Krieg Angestellter des DMB im Rheinland, und wurde vor drei Jahren von den sozialdemokratischen Bertrauenstellten

derselben Verwaltungsstelle Dresden, in welcher damals vier seiner Leitung die von Hand gekennzeichneten Schweißketten gekommen waren, wiederum als Erster Bevollmächtigter gemacht. Wäre R. Kommunist gewesen, dann hätte man wohl nicht so kurzes Gedächtnis gehabt wie in diesem Falle, und er wäre noch floss in Dresden nicht wieder Erster Bevollmächtigter geworden.

Nun noch ein paar Worte zu dem vermeintlichen Kreisler. Wir glauben wohl nicht irre zu gehen, wenn wir schreiben: Wir glauben wohl nicht irre zu gehen, wenn wir schreiben, daß es der selbe ist, von dem Paulowski einmal sagte, er gäbe ihm die Hand nicht, weil er ja schwach wäre! Von dem wir auch wissen, daß er seine Stellung als erster Bertrauenstellender in einer der größten Maschinenfabriken Dresdens, dazu benannte, um eine Rolle in im Betriebsratszimmer zu schwängern, und der wegen seines Falsches keinen Vorhendendenposten niedergelegt wurde. Wir auch hier nimmt es die SPD und die Gewerkschaftsbürokratie nicht so genau. Seine vielen Bewerbungen um offizielle Position innerhalb der Arbeiterbewegung waren endlich von Erfolg, und heute ist er wohl bestätiger Angestellter des ADG.

Auch wir könnten viele Reihe noch beliebig erläutern, die mit der Lüge lügen zu müssen wie die Dresdner Volkszeitung.

Die frechen Lügen der Dresdner Volkszeitung im Fall R. haben sich damit erledigt. Dann ergab sich die Volkszeitung über weitere freche Verleumdungen. Die Volkszeitung weiß aber ganz genau, daß bei dem von ihr angeführten Freudenfest keine Unterschlagung vorliegt, daß dies sogar die Bezirksleitung bestätigen mußte. Auch was sie über die R. in Freudenfest steht, kann sie sich aus den Fingern.

Ebenso liegt sie über Unregelmäßigkeiten in der FAH.

Die bodenlose Freiheit ist es aber, wenn die Schmierlinge in der Volkszeitung die Behauptung aufstellen, daß kommunistische Stadtverordnete beteiligt seien.

Deshalb, weshalb antwortet die SPD mit solchen Geschichten? Wir haben den Fall Rahmig am wenigsten als den Fall der Unterschlagung aufgezogen. Wir haben die Mandatsträger des SPD-„Führer“ festgestellt. Weshalb antwortet uns die SPD nicht auf diese unsere Feststellungen?

Die Arbeiter werden am 20. Mai den Reformisten die gehörnde Antwort geben.

Weg mit den Postenlägern!

Arbeiter, wählt Kommunisten! Viele R.

19.30 Uhr

sammelte der Genoss Schwarz innerhalb weniger Minuten auf der Bänkelle der Baugenossenschaft Dresden-Luben für den Wahlsonntag der Bausolidarität der KPD. Hast du auch schon gesammelt und Wahlpulver für die Partei herangeschafft?

Schnell, tue deine Pflicht!

Sozialdemokratie und Deutschnationale stimmen in brüderlicher Einheitsfront!

Die SPD „argumentiert“ bekanntlich in ihrem Wahlkampf für die Große Koalition mit „Seifenbaum“. Einer ihrer Hauptschläger auf diesem Gebiet ist das schöne Wort: Die Kommunisten sind „Handlanger der Reaktion“. Wir wollen zur Beleuchtung dieser sozialdemokratischen Abneigung lediglich ein paar Tatsachen anführen. Diese alledeutigen sind erschütternd genug, um auch dem geduldigsten SPD-Arbeiter die Augen zu öffnen.

Wir wollen nämlich einige Beispiele dafür aufzählen, wann und in welchen Fragen die SPD mit den Deutschnationalen gemeinsame Sache mache.

Gewählt wird

am Sonntag, 20. Mai,
nicht von 9 bis 6 Uhr
fordern von 8 Uhr vor-
mittags bis nachmittags

5

die Liste der RPD

Der neue deutsche Imperialismus*

Vieles Arbeiter ist der imperialistische Charakter der deutschen Politik nicht klar. Sie glauben, — und die Sozialdemokratie tut das irgende dazu — daß die deutsche Bourgeoisie, die aus dem Kriege geschwächt hervorgegangen ist, gewissermaßen positivisch, nicht imperialistisch sei, daß ihr die Jahre ausgebrochen seien. Gewiß, die imperialistische Machtposition Deutschlands ist immer noch schwach, schwach ist vor allem die geldkapitalistische und militärische Grundlage. Man muß aber zwischen der imperialistischen Machtposition und dem imperialistischen Charakter der deutschen Politik unterscheiden. Die Schwäche der imperialistischen Machtpositionen tut dem imperialistischen Charakter der deutschen Politik keinen Abbruch. Sie ist vielmehr entscheidend für die Machterhaltung des imperialistischen Politik, bei der die Sozialdemokratie faktisch mithilft. Die Sozialdemokratie umhüllt die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie mit einer positivisch-demokratischen Maske und sichert ihr so die Unterstützung eines Teiles der Arbeiterschaft. Der Genoss Sonter zeigt in seinem Buche die Rolle klar auf, er weiß nach, daß das zeitweilige Manderieren der deutschen Bourgeoisie zwischen dem „Ost“ und „West“-Orientierung nur deshalb geschieht, damit sich die deutsche Bourgeoisie nicht vorella bindet, daß aber früher oder später die englische Bindung an England doch vorgenommen wird. Anzuhören höben wie den Besuch des Lord Birkenhead gehofft, der natürlich nur mit Stresemanns Gold geliebt hat!

Sonter weiß nach, daß der neue deutsche Imperialismus in ständig lebendigem Maße internationale Konflikte erzeugen muß, und daß eine grundlegende Aenderung der imperialistischen Machtposition Deutschlands die Verstärkung seiner kolonialwütigen usw. leichtes Ende ohne außerordentliche kriegerische Erfüllungen unmöglich ist. Das kostet ein sonnes und außerordentlich kompliziertes Manderieren eine Ausnutzung des Gesamtlage einerseits zwischen den imperialistischen Staaten untereinander, andererseits des Gegenseitigkeiten zwischen den kapitalistischen Welt im Ganzen und Sowjetrußland, um Teilerfolge zu erzielen, nicht aus. Die tatsächlichen Teilerfolge, die Deutschland bisher außenpolitisch erzielt hat, sind eben auf diesem Wege erzielt worden. Das darf aber die deutschen Arbeiter nicht darüber täuschen, daß ein grundlegender Umsturz der Machtposition des neuen deutschen Imperialismus ohne neuen Krieg nicht denkbare ist. Daraus folgt, daß die deutschen Arbeiter der Politik des neuen deutschen Imperialismus nicht erst dann eingetreten treten dürfen, wenn er an die Schwelle eines neuen Weltkrieges geführt haben wird und dann keine friedliche Waffe abzuwerfen beginnen will, sondern bereits heute, wo er — aus guten Grün-

den vorgebunden hat. Sie müssen verstehen, daß eine unerreichbare Kette vom heutigen „friedlichen“ neuen deutschen Imperialismus zum neuen Weltkriegsgefecht führt. Sie müssen die Hoffnung, die zeitweiligen friedlichen Mittel vom wahren Leben und vom unvermeidlichen Resultat dieser Politik unterscheiden lernen.

Das neue Buch des Genossen Sonter ist ein unentbehrliches Hilfsmittel dazu. Jeder Parteijunktor, jedes Parteimitglied muß dieses Buch behalten.

* R. Sonter, Der neue deutsche Imperialismus, Verlag Carl H. Hoffmann, Homburg/Berlin NW 6; 192 Seiten, Preis 2,50 Mark.



Die sozialdemokratisch-deutschnationale Einheitsfront stimmt:

für die Einführung der Massensteuern, Umsatzsteuern, Salzsteuer, Bier- und Tabaksteuer in den Jahren 1920 und 1922

für das Ermäßigungsgebot mit dem Raub des Arbeitstages, der berüchtigten Schlüpfungsordnung und der Einführung der Hauszinssteuer im Dezember 1923,

für den Damepsatz mit seiner schweren Belastung der weiblichen Massen Deutschlands im Sommer 1924,

für den arbeiterfeindlichen Auto-Etat in den Jahren 1925 und 1926,

für das Entwaffnungsgebot im Jahre 1924,

für die schwerkapitalistischen Handelsverträge mit England, Italien, Frankreich usw.

für die sogenannten Schiedsverträge mit Italien, Schweden, Norwegen, Finnland,

für den Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverbindungen im März 1928,

für die Herausnahme der Ausgaben für den westdeutschen Imperialismus von 458 auf 685 Millionen Mark,

für die Bewilligung von 600 Millionen für Reichswehr und Marine im laufenden Erstauftrag im März 1928,

für nahezu 10 Millionen Mark Gehaltsfonds für die neu gewählte imperialistische Außenpolitik,

für die Verlängerung des Republikanischen Gesetzes, das Tausende von Arbeitern in die Gefängnis warf und jetzt dem französischen Kauder die Möglichkeit zum Verbot des Roten Frontkämpferbundes gab,

für 120 Millionen Mark Polizei-Ausgaben im Reiche,

für das Arbeitsgerichtsgesetz im Dezember 1926,

für das Arbeitslosenversicherungsgesetz mit seiner Berabstetzung der Unterstützungsleiste für die Erwerbslosen im Jahr 1927,

für das Beamtenbeoldlungsgesetz mit seiner Verhöhung der unteren Beamten und der Niedergewöhnung der Ministergehälter im Dezember 1927,

für die 5. Novelle zur Kriegsbeschädigten-Fürsorge mit seiner Auszahlung der 800 000 bis 200 000 Beschädigten und der völlig ungenügenden Versorgung der Kriegsopfer und ihrer Hinterbliebenen,

für die Überleitung des reaktionären Strafgesetzentwurfes an den Reichstag,

für zahlreiche Vertausenoten für die imperialistische Außenpolitik Stresemanns,

für wiederholte Vertausenoten für den reaktionären, reichen Arbeitsminister Brauns mit seiner Schlüpfungspraxis und seinem Raube des Arbeitstages,

für den Reichswehrminister Gehler mit seiner Auszahlung des legalen und illegalen deutschen Militarismus,

für den Reichswirtschaftsminister Curtius, den Vertreter der Großbourgeoisie, mit seiner kapitalistischen Wirtschaftspolitik,

für den habsurischen Monarchen Schröder, dem Postminister des Bürgerblocks, mit seiner Postarbeiterhöhung,

für den neuen Reichswehrminister Groener, der streitende Arbeiter als Hundstotie beschimpfte,

gegen die von den Kommunisten verlangte Zurückzahlung von 650 Millionen, die im Ruhrpanama einswüdig und hinter dem Rücken des Reichstages an Stinnes, Klöckner und Thyssen ausgeliefert wurden,

gegen zahlreiche Anträge der Kommunisten auf Sicherung des Arbeitstages, auf Erhöhung der Unterstübungslöhne für Erwerbslose, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte, der Gehälter der unteren Beamten,

gegen das Verbot der Frauenarbeit in den letzten drei Monaten der Schwangerschaft und den ersten Monaten nach der Niederkunft,

gegen die Erhöhung der Reichsausgaben zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten,

gegen die Aufhebung der Generals- und Ministerpenitenzen,

Arbeiter, Angehörige und Beamte! So stimmen die sozialdemokratischen und deutschnationalen Abgeordneten im Reichstag gegen eure Interessen.

So handeln Sozialdemokraten und Deutschnationale gemeinsam für das Großkapital gegen die Arbeiterklasse.

So steht der sogenannte Kampf der Sozialdemokraten gegen den Bürgerblock und gegen die Deutschnationalen aus.

Arbeiter und Arbeiterinnen, gebt den sozialdemokratischen Führern für diese arbeiterfeindliche Politik am 20. Mai die notwendige Kritik und stimmt für die Liste des Klassenkampfes.

für die rote Klassenfront. Für die Liste der Kommunisten.